

Geleakte Handelspapiere zeigen das Versagen der EU, Transparenz und Umweltstandards zu wahren

Nach zahlreichen öffentlichen Kontroversen rund um die Verhandlungen der EU-Handelsabkommen mit den USA und Kanada haben die Europäische Kommission und die europäischen Regierungen zugesichert, die diesbezügliche Transparenz zu verbessern und zukünftig Umweltstandards in der Handelspolitik zu schützen. Doch ein Leak von Dokumenten, die in Zusammenhang mit einem bevorstehenden Handelsabkommen mit Japan (bekannt als JEFTA) stehen, zeigt das Versagen der EU, diese Versprechen einzuhalten.

Die geleakten Dokumente, die Greenpeace Niederlande am Freitag, 23. Juni 2017, um 19:30 MEZ auf trade-leaks.org veröffentlicht, beinhalten über 200 Seiten zahlreicher bisher nicht veröffentlichter Kapitel des Abkommens. Sie illustrieren das Versagen der EU, in ihrer Handelspolitik hohe Umweltstandards zu wahren. Die Dokumente stammen überwiegend aus dem Zeitraum zwischen Ende 2016 und Anfang 2017, kurz vor der 18. Verhandlungsrunde.

Die Verhandlungsführer hoffen, das neue Abkommen während des Sommers zu finalisieren. Nach Abschluss wäre es das größte Handelsgeschäft der EU aller Zeiten und würde ein Handelsvolumen umfassen, das doppelt so groß ist wie jenes des EU-Kanada-Abkommens CETA. Wie CETA gibt auch JEFTA Anlass zu erheblichen Bedenken in Sachen Umweltschutz.

Die Kommission und der Rat, der die nationale Regierungen in der EU repräsentiert, agierten bei den JEFTA-Verhandlungen deutlich weniger transparent als während der Gespräche für das derzeit gestoppte EU-US-Handelsabkommen TTIP.

Ein Rückschritt in Sachen Transparenz

Ebenso wie bei anderen Handelsabkommen wie beispielsweise CETA ist eine öffentliche Kontrolle der Verhandlungen praktisch nicht möglich. Während die Kommission bei TTIP noch spezielle Lesesäle für ausgewählte Politiker einrichtete und einen stark eingeschränkten Zugang zu den Verhandlungsdokumenten-Dokumenten bot, war das bei JEFTA nicht der Fall.

Die Kommission hat auch bezüglich ihrer Offenlegungspolitik der EU-Verhandlungspositionen einen Rückschritt eingelegt: Während der TTIP-Gespräche veröffentlichte sie ihre Verhandlungspositionen für 24 Kapitel des Abkommens; bei JEFTA hingegen veröffentlichte die EU-Kommission nur EU-Vorschläge für zwei Kapitel.

Risiko illegales Holz

Ein Beispiel für die Unbeweglichkeit der Kommission in Sachen Umweltschutz tritt beim Handel mit illegal geschlagenem Holz zutage: Die Bestimmungen über den Holzhandel bei

JEFTA sind schwächer als die, die Japan im umstrittenen (und jetzt auf der Kippe stehenden) Transpazifischen Partnerschaftsabkommen TPP vereinbart hat.

Bei TPP stimmte Japan zu, „Gesetze zu verabschieden, aufrechtzuerhalten und umzusetzen...“ sowie umfangreiche Maßnahmen zu ergreifen, um den illegalen Handel mit wilden Pflanzen und Tieren, den illegalen Holzeinschlag und den damit verbundenen illegalen Handel zu bekämpfen. Im geleakten JEFTA-Text hingegen wird Japan lediglich ersucht, „die Bedeutung“ des Themas anzuerkennen, und er beinhaltet nur vage Ermahnungen, „den Umweltschutz zu fördern“, „zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags“ beizutragen und „Informationen und Erfahrungen auszutauschen“.

Japan ist der größte Importeur von Holz und Sperrholz in der Welt und ein wichtiger Markt für illegales Holz aus Malaysia, Indonesien, China, Russland und sogar aus der EU selbst (Rumänien). Japan ist das einzige G7-Land, das über keine sektorübergreifende Regulierung verfügt, um die Einfuhr von illegalem Holz zu verbieten, sondern lediglich zahnlose freiwillige Maßnahmen vorsieht.

Angesichts des Ausmaßes der illegalen Holzimporte nach Japan droht das schwach formulierte JEFTA-Abkommen den illegalen Holzeinschlag in all den Ländern zu verschärfen, in denen Wälder nicht wirksam geschützt werden. Es widerspricht auch den eigenen Bemühungen der EU, Länder wie Japan dazu zu bewegen, nationale Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und des damit verbundenen Handels einzuführen. JEFTA könnte zudem den Abschluss von Waldschutzvereinbarungen mit anderen Ländern gefährden, insbesondere in Asien.

Die Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung für JEFTA warnt davor, dass die „wichtigsten Umweltauswirkungen [...] für sowohl die EU als auch Japan in den Ländern liegen, aus denen sie ihr Holz importieren“. Sie besagt außerdem, dass „Japans bisheriges Versagen, die Einfuhr von illegalem Holz wirksam zu kontrollieren, die Verhandlungen zwischen der EU und Malaysia über ein Freiwilliges Partnerschaftsabkommen gehemmt habe“.

Nach einem aktuellen Bericht von UNEP und INTERPOL führt der illegale Holzeinschlag die Rangliste der Umweltverbrechen mit einem geschätzten jährlichen Wert von 50 – 152 Milliarden US-Dollar an. Interpol schätzt, dass der illegale Holzeinschlag 50 – 90 Prozent aller Forstwirtschaftsaktivitäten in den top-produzierenden Tropenwald-Regionen ausmacht.

Walfang

Die geleakten Dokumente zeigen außerdem, dass die Kommission der Aufforderung des Europäischen Parlaments nicht nachgekommen ist, die Frage des Walfangs in die Handelsgespräche einzubeziehen. Japan ist eine der drei verbleibenden Walfang-Nationen weltweit und das einzige Land, das nach wie vor Wale außerhalb seiner eigenen Gewässer jagt.

Die EU hat Japan wiederholt für seine Praktiken verurteilt. Doch alles, was die Kommission getan hat, um ihre Position zum Walfang in den Handelsverhandlungen mit Japan vertreten, ist eine weitgehend bedeutungslose Stellungnahme. Die Stellungnahme nennt das Kapitel zu Handel und Nachhaltiger Entwicklung „eine zusätzliche Plattform zur Förderung des Dialogs

und der gemeinsamen Arbeit [...] zu Umweltfragen“. Dennoch enthält das Kapitel nicht einmal eine Verpflichtung für die EU und Japan, zusammenzuarbeiten, ebenso wenig thematisiert es den Walfang.

Das Kapitel weist lediglich darauf hin, dass „jede Vertragspartei die Bedeutung der Gewährleistung des Umweltschutzes und der nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt im Einklang mit den einschlägigen internationalen Abkommen, an denen die jeweilige Partei beteiligt ist, anerkennt, insbesondere das Übereinkommen über Biologische Vielfalt (CBD) und seine Protokolle sowie das Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten frei lebenden Tieren und Pflanzen (CITES)“ und dass sie „Informationen austauscht und andere Vertragsparteien in Bezug auf relevante Fragen konsultiert“.

CITES verbietet den Handel mit Walfleisch und erkennt den Schutzstatus von Walen als gefährdete Art an, regelt jedoch nicht den Walfang selbst. Die Internationale Walfang-Kommission (IWC) ist weithin als verantwortliche Instanz für den Schutz der Wale und die Kontrolle des Walfangs anerkannt, auch von CITES. Dennoch enthält das Kapitel „Handel und Nachhaltige Entwicklung“ von JEFTA keinen Hinweis auf die IWC.

Investitions-Schiedsgerichte

Die Bestimmungen im EU-Japan-Abkommen, die es Unternehmen ermöglichen, zum Schutz ihrer Investitionen souveräne Regierungen zu verklagen, sind noch schwächer als die bereits niedrigen Standards bei CETA.

Der geleakte Text über Investitionen besagt, dass das staatliche „Recht auf Regulierung“ sich darauf beschränkt, „Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um legitime politische Ziele zu erreichen“. Sie weichen der Frage aus, was als „legitim“ angesehen wird und wer dies entscheidet. Diese Formulierung schafft ausländischen Investoren die Möglichkeit, Regierungen für Regulierungen zu verklagen, die ihre Gewinne schmälern könnten. Im Gegensatz dazu erklären die ebenso problematischen CETA-Bestimmungen, dass „die Parteien das Recht haben, auf ihrem Staatsgebiet Vorschriften zu erlassen, um legitime politische Ziele zu erreichen“. Durch das Hinzufügen des Begriffs „notwendig“ wird also das Recht, die Regulierung im Sinne des öffentlichen Interesses durchzuführen, geschwächt.

Die Formulierungen im geleakten JEFTA-Entwurf würden es zudem jedem Unternehmen ermöglichen, eine Briefkastenfirma in Japan zu gründen und sie zu nutzen, um die EU oder eine nationale Regierung zu verklagen.

Weitere Schwächen

Sowohl bei CETA als auch bei JEFTA fehlen konkrete, verbindliche Verpflichtungen zu Themen wie Umwelt, Nachhaltige Entwicklung und Arbeit.

Es sind keine Strafen für Verstöße gegen Bestimmungen der Nachhaltigen Entwicklung vorgesehen, lediglich „Experten“-Berichte, die eine Nichteinhaltung thematisieren. Während die EU und Japan erklären, dass sie die Bedeutung der Zusammenarbeit in handels- und investitionsbezogenen Aspekten der Umwelt- und Arbeitsmarktpolitik anerkennen,

bleiben sie hinter der Verpflichtung zurück, tatsächlich zu kooperieren (der Text besagt lediglich, dass sie „kooperieren können“).

Die Formulierungen in großen Teilen des Kapitels zur Nachhaltigen Entwicklung sind sehr vage. Das Recht der Staaten, im Rahmen multilateraler Umweltabkommen wie dem Pariser Klimaschutzabkommen Maßnahmen zu ergreifen, ist derart eingeschränkt, dass die Verpflichtungen im Endeffekt wirkungslos sind. Dies schafft eine schwerwiegende Rechtsunsicherheit bezüglich der Auswirkungen des Handelsabkommens auf Maßnahmen, die im Rahmen multilateraler Vereinbarungen getroffen werden.

Die Bekräftigung der EU und Japans, sich der Bekämpfung des Klimawandels verpflichtet zu fühlen, bleibt weitgehend bedeutungslos, da sie im Kapitel „Handel und Nachhaltige Entwicklung“ des Abkommens enthalten ist, das letztendlich über keinen Durchsetzungsmechanismus verfügt.

Japan und die EU sind bei der Berufung auf das Vorsorgeprinzip¹ bei WTO-Streitigkeiten erfolglos geblieben. Es überrascht, dass scheinbar gleichgesinnte Parteien dieses Prinzip nicht in Schutzmaßnahmen für Gesundheit und Nahrung umsetzen.

Greenpeace ist eine unabhängige internationale Kampagnenorganisation, die zum Ziel hat, Einstellungen und Verhaltensweisen zu verändern, um die Umwelt zu schützen und zu bewahren und den Frieden zu fördern. Greenpeace akzeptiert keine Spenden von Regierungen, der EU, Unternehmen oder politischen Parteien.

¹ Das Vorsorgeprinzip gilt, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse unzureichend oder ungewiss sind und vorläufige wissenschaftliche Gutachten hinreichenden Anlass zur Befürchtung geben, dass die potenziell gefährlichen Auswirkungen auf die Umwelt bzw. die Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanzenwelt unvereinbar mit einem hohen Schutzniveau sind.